



Dr. rer. pol. h.c. Peter Hartz
9. August 1941. Deutscher Manager.
Geboren im saarländischen St. Ingbert.
Mittlere Reife, Abitur im Abendgymnasium.
Ausbildung zum Industriekaufmann. BWL-Studium.
Anschließend bis 1976 unterschiedlich Tätigkeiten bei der
französischen Pont-a-Mousson-Gruppe in Rohrbach,
zuletzt als kaufmännischer Direktor. 1976–1993 Arbeitsdirektor
großer Unternehmen in Völklingen und
Dillingen. 1993 Personalvorstand und
Arbeitsdirektor des Volkswagen-Konzerns. Hier u.a. maßgeblich beteiligt
bzw. verantwortlich für die Einführung
der Vier-Tage-Woche und die Entwick-
lung des Tarif-Konzept „5000 x 5000“
zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.
2002 (namengebender) Vorsitzender
der Kommission zur Reform der
Bundesanstalt für Arbeit.

Dr. rer. pol. h.c. Peter Hartz
Mitglied des Vorstandes der Volkswagen AG
„Wege zu mehr Beschäftigung“
Eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich bin sehr gerne nach Hamburg gekommen, weil ich schon sehr viel von
Ihrem Club gehört habe.

Es ist eine große Ehre für mich, heute in Ihrem Kreis zu dem Thema „Wege
zu mehr Beschäftigung“ ein paar Gedanken vorzutragen – einer Aufgabe, der
wir uns alle stellen müssen.

Ich habe in Ihrer Chronik gelesen, mit welchen Themen Sie sich in der Ver-
gangenheit beschäftigt haben, wie weit Ihr Spektrum reicht, mit dem Sie sich
in dem Club befassen, und welche Werte Sie vertreten. Das war einer der
Gründe, warum ich sehr gerne zu Ihnen gekommen bin.

Ich bin nach wie vor überzeugt, dass wir das Problem der Arbeitslosigkeit
lösen können und vor allem dass wir es auch in der heutigen Zeit lösen kön-
nen. Für mich ist das wahre Problem der Arbeitslosigkeit die Gleichgültigkeit
der Nichtbetroffenen. Die Kommission „Moderne Dienstleistungen am
Arbeitsmarkt“ hat ein sehr umfangreiches Konzept vorgelegt. Ich werde
Ihnen nicht das ganze Konzept vorstellen, aber ich möchte Ihnen einige Dinge
vorstellen, die wir auch heute noch realisieren können, mit deren Umsetzung
wir gleich heute beginnen könnten.

Neben ihren Vorschlägen hat die Kommission auch ein Umsetzungskon-
zept erarbeitet, das war im Auftrag an die Kommission inbegriffen, wurde in
der Öffentlichkeit jedoch nicht so wahrgenommen. Dies ist bedauerlich, denn
wir haben neben den vorgeschlagenen Lösungen auch formuliert, *wer* die
Vorschläge umsetzen soll.

Wir haben uns überlegt, wer in unserer Gesellschaft mitmachen könnte, die
Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wir haben uns ernsthaft Gedanken gemacht,
wer von den 50 Millionen Deutschen, die in einem Beschäftigungs- oder
Arbeitsverhältnis stehen, seinen Beitrag leisten könnte.

Und so sind wir auf 6 Millionen Profis in unserem Land gekommen, unter-
teilt in 11 000 Bundes-, Landes- und KommunalparlamentarierInnen, 89 000
JournalistInnen, 72 000 VertreterInnen der Wirtschaft und der Arbeitgeber-
verbände, 1,7 Millionen UnternehmerInnen und ManagerInnen, 80 000
Gewerkschaftsfunktionäre, 545 000 Vereine, 800 Arbeitsloseninitiativen,
60 000 Wohlfahrtseinrichtungen, 260 000 KünstlerInnen, 13 180 000 Wissen-
schaftlerInnen, 1 868 000 LehrerInnen, 53 000 Geistliche und 90 000 Mitar-
beiterInnen der Bundesanstalt für Arbeit.

Zu diesen Profis der Nation gehören auch Sie, meine sehr verehrten Damen
und Herren. Denn viele von Ihnen sind ja in der Wirtschaft in leitenden Tätig-
keiten, Sie wissen, wie man ein Unternehmen, eine Organisation führt, denn
es bedarf der Arbeitsteilung, wenn man dieses Konzept umsetzen will. Und
Sie wissen sehr gut, wer will, findet Wege und wer nicht will, findet Gründe.

Ich bin nach wie vor fest davon überzeugt, dass, wenn es uns gelingt, diese
13 Zielgruppen in ihrem Kopf und in ihrem Herzen zu erreichen, wenn sie
begreifen, dass Arbeitslosigkeit nicht das Problem der anderen ist, sondern
deins, meins, unser Problem, wenn sich diese 6,1 Millionen Profis die Mas-
terpläne unseres Konzeptes anschauen und sagen: „O.K., ich für meine Grup-
pe engagiere mich hier“, dann könnten wir das Problem lösen.

Meine Damen und Herren, Sie kennen den Politikverdruss in unserem Land.
Sie kennen die Abneigung von vielen Bürgerinnen und Bürgern, sich politisch
zu engagieren.

Die Arbeit der Kommission hat ausgezeichnet, dass sie überparteilich war.
Das Konzept wurde einstimmig angenommen. Der Ansatz mit den Profis der
Nation hätte ebenfalls gelingen können: eine neue Form der Roadshow hätte

entstehen können. Ich habe die Hoffnung übrigens immer noch nicht aufgegeben, Herr Doktor von Foerster, dass wir den einen oder anderen noch gewinnen können, um hier mitzumachen. Denn eines ist klar, wir können und dürfen das Thema nicht allein der Politik überlassen. Sie allein kann das Problem nicht lösen. Wir müssen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit Verbündete in der ganzen Gesellschaft gewinnen. Und dafür haben wir auch die Ressourcen. Es ist kein unmögliches Unterfangen, es muss nicht gezaubert werden. Wir geben heute rund 100 Milliarden Euro jährlich für die Betreuung von Arbeitslosen sowie Arbeitsplatzsicherungs- und -beschaffungsmaßnahmen aus.

Mit diesen Mitteln hat die Bundesanstalt für Arbeit ihren Kundenauftrag zu erfüllen. Im Gegensatz zu vielen Politikern und zu vielen Funktionären hat die Bundesanstalt einen doppelten Auftrag: einmal dem Kunden „Arbeitgeber“ und zum anderen dem Kunden „Versicherter“ gegenüber. Beiden – und ich betone beiden – ist ein umfassender und professioneller Service zu bieten. Vor dem Hintergrund dieses doppelten Kundenauftrages muss die Bundesanstalt neu ausgerichtet und ihre Arbeit neu organisiert werden.

Die Kommission hat vorgeschlagen, die Bundesanstalt zu einer Dienstleistungsorganisation mit 90000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiter zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Vorschlag, der nicht aufgegriffen wurde, ist das AusbildungsZeit-Wertpapier als neues Instrument zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit.

Wir haben in diesen Tagen die Meldung bekommen, dass 562821 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos sind.

Bei der Suche nach Lösungen gegen die Jugendarbeitslosigkeit haben wir nicht gesagt, es muss eine Ausbildungsbefreiung her bzw. diejenigen Unternehmen, die schon brav ausbilden, müssen eben noch mehr ausbilden oder diejenigen, die nicht ausbilden, müssen wir eben dazu zwingen.

Unser Vorschlag (Modul 4 des Kommissionsberichtes) ist, dass wir ein neues Finanzierungsmittel schaffen, mit dem wir die Ausbildung attraktiv für Unternehmen machen: dem Ausbildungs-Zeit-Wertpapier. Dieses neue Finanzprodukt haben wir von dem BeschäftigungsZeit-Wertpapier abgeleitet. Es basiert auf der Idee, die Sie alle kennen: mittels Rabattkarten zusätzliche Werte zu schöpfen.

Stellen Sie sich einmal vor, Sie gehen sich etwas Schickes kaufen und Sie bekommen darauf 5 Prozent Rabatt. Und diese Prozent legen Sie auf einer Art Zeitwertpapier für die Ausbildung Ihrer Kinder oder Enkelkinder an. Wahrscheinlich haben viele von Ihnen schon solche Rabattkarten in der Tasche. In den USA besitzt jeder Verbraucher im Durchschnitt zwei bis drei solcher Karten, in Deutschland sind es 0,6 Karten.

Meine Damen und Herren, mit der derzeitigen Polarisierung – die Gewerkschaften sagen, die Wirtschaft bilde zu wenig aus, und die Wirtschaft wiederum sagt, wir müssen die Kosten senken und können nicht noch mehr belastet werden – kommen wir nicht weiter, sie bringt keinem etwas – und vor allem keinem der arbeitslosen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz.

Wir müssen es schaffen, die vorhandenen Ausbildungskapazitäten in Deutschland mit dem guten Willen, neue Ausbildungsplätze zu schaffen, zu vereinen. Man kann über eine gute Organisation zusätzliche – und das ist wichtig – zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen.

Über eine Organisationsform im Verbundnetz einer Region, einer Stadt und von Unternehmen wird zusammen die zusätzliche Ausbildung der Jugendlichen organisiert. Modul 4 beschreibt genau, wie man die Ausbildung organisieren und finanzieren kann. Wir sind davon überzeugt, dass sich diese Vorschläge immer noch umsetzen lassen. Wir als Großunternehmen Volkswagen erarbeiten derzeit ein Umsetzungskonzept für unsere inländischen Standorte.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Modul, um Menschen in Beschäftigung zu bringen, ist das Modul 8: der flächendeckende Aufbau von Personal-Service-Agenturen (PSA). Aufgabe der PSA ist es, Menschen in Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Über das Instrument Leiharbeit kommen die

Menschen in die Unternehmen zum Arbeiten. Im Unternehmen können sie praxisnah erprobt und auch aus- und weitergebildet werden.

Wir haben vorgeschlagen, die Menschen in der PSA für 6 Monate zu Tarifen in Höhe ihres Arbeitslosengeldes zu beschäftigen, mit der Perspektive eines „Klebeeffektes“, d.h., wenn sie gut sind, werden sie vom Unternehmen übernommen. Das heißt, 6 Monate hätten Unternehmen und Arbeitssuchende die Chance gehabt, sich gegenseitig von ihren Leistungen zu überzeugen – mit der Hoffnung, dass dies ohne großen bürokratischen Aufwand und Regeln in einem längerfristigen Arbeitsverhältnis mündet. Erfolgt keine Übernahme, bleibt der Mitarbeiter weiterhin bei der PSA. Die Vorschläge zum Aufbau der PSAs wurden leider anders umgesetzt als geplant, u.a. wurden aus den von uns angedachten 6 Monaten nun im Gesetz 6 Wochen.

Wir können sehr wohl verstehen, dass der Mittelstand und die Industrieunternehmen wegen des überaus stringenten Kündigungsschutzes eben nicht gleich neue Leute einstellen wollen. Wir können aber auch verstehen, dass Gewerkschaften, die hundert Jahre für den Kündigungsschutz gekämpft haben, diesen nicht von heute auf morgen aufgeben können und wollen. Daher lag die „Quadratur des Kreises“ in dem Vorschlag, die Unternehmer unternehmerisch handeln zu lassen, indem sie die Leute 6 Monate zu vernünftigen Konditionen als Beschäftigte hätten testen können und in Zusammenarbeit mit der PSA entsprechend der Auftragslage hätten disponieren können. Ist also die Auftragslage gut, entleihe ich mir viele Mitarbeiter, habe ich wenig Aufträge, ordere ich weniger. So hätten wir das Thema Kündigungsschutz in einer ganz anderen Form – nämlich über das gut in Deutschland funktionierende Arbeitsrecht – lockern können.

Meine Damen und Herren, bei 4 Millionen Arbeitslosen brauchen wir in Deutschland natürlich auch eine neue Zumutbarkeit! Was ist zumutbar für den Einzelnen, für die Gesellschaft, für den Arbeitslosen?

Wir haben Zumutbarkeit in der Kommission nach vier Kriterien neu definiert:

- Was ist *geographisch* zumutbar?

Hamburg ist ein wunderbares Beispiel. Wer ist nicht schon alles von Hamburg aus in die weite Welt hinausgezogen, um neue Arbeit zu finden, und in anderen Ländern und Regionen erfolgreich geworden. Wir haben gesagt: Leben und Arbeiten ist – unter Berücksichtigung sozialer Kriterien – in ganz Deutschland generell zumutbar. Es darf nicht sein, dass man in Ballungsräumen einen Bedarf an 50 Werkzeugmachern nicht decken kann, weil arbeitslose Werkzeugmacher aus anderen Gebieten nicht wegziehen wollen. Da müssen sie künftig geographisch flexibler sein.

- Was ist *funktional* zumutbar?

Wir müssen uns die Frage stellen, welche Arbeit üben wir in Deutschland aus? Was aber, wenn es in Ihrem gelernten Beruf keine Arbeit gibt, dann suchen Sie entsprechend einer „Annäherungsmethode“ die Jobs aus, die Sie mit derselben Qualifikation funktional ausführen können. Dann wartet ein Fremdsprachenkorrespondent eben nicht auf den Job in einer Kommunikationsagentur, sondern arbeitet als Besuchsgruppenbetreuer bei uns in der Autostadt.

- Was ist *sozial* zumutbar?

Einen Familenvater mit drei schulpflichtigen Kindern und einer kranken Schwiegermutter können Sie nicht über Nacht von Hamburg nach München versetzen. Aber Sie können sehr wohl Singles oder Ehepaaren ohne Kinder diesen Ortswechsel zumuten.

- Was ist *materiell* zumutbar?

Wie viel muss jemand in einem Job verdienen? Natürlich mehr als Sozialhilfe, aber muss es wirklich immer so viel wie im vorherigen Job sein?

Meine Damen und Herren, mit dem nächsten Punkt werde ich Ihnen von der Seele sprechen: Die Entbürokratisierung und die Deregulierung in unserem Land sind unabdingbar notwendig.

Ich habe den letzten Sommer dazu genutzt, mir in Deutschland die Arbeitsämter anzuschauen. Ich habe Gespräche in Ost und West geführt, gefragt, wo

der Schuh drückt und welche Verbesserungsvorschläge die Mitarbeiter selbst haben. Von allen wurde die Last der Bürokratie angesprochen. Diese Last konnte ich körperlich sehen und fassen, man hat mir überall die lange Front an Vorschriften, Verordnungen, Gesetzen, Verfahrensanweisungen usw. gezeigt. Und weil ich nicht die Zeit hatte, sie alle zu lesen, habe ich sie gemessen. Es waren 3,20 Meter. Und dann haben wir uns in der Kommission daran gemacht, diesen Wust an Vorschriften deutlich zu verringern. Und, meine Damen und Herren, es ist wirklich möglich, von 3,20 Meter auf 1,10 Meter an Gesetzestexten zu kommen. Wir haben hierzu die entsprechenden Vorschläge erarbeitet.

Dieses kleine exemplarische Beispiel ist Bestandteil des Moduls 10 – einem umfassenden Organisationsmodell für die Bundesanstalt für Arbeit, mit ihren 181 Arbeitsämtern, Landesarbeitsämtern und der Hauptverwaltung in Nürnberg. Wir haben unter anderem vorgeschlagen, die 181 Arbeitsämter direkt über einen konsequenten Zielvereinbarungsprozess von Nürnberg aus zu steuern. Die damit aus dem Gesamtgefüge herausgelösten Landesarbeitsämter sollten in Kompetenzzentren umgewandelt werden, die sich mit ihren 3000 hoch qualifizierten MitarbeiterInnen um nichts anderes kümmern sollten als um die Beantwortung der Frage: „Wie können wir neue Jobs schaffen und wie können wir Unternehmen dabei unterstützen, diese zu schaffen?“

Einige Vorschläge haben wir in Wolfsburg erfolgreich erprobt. In Wolfsburg können Sie konkret nachvollziehen und sehen, dass es funktionieren kann, wenn alle in einer Region an einem Strang ziehen.

Als 1999 Wolfsburg 60 Jahre alt wurde, fragte mich unsere Oberbürgermeisterin: „Was schenkt ihr uns denn als Konzern zum Geburtstag?“ Zum 40. und 50. Geburtstag gab es ein schönes Bauwerk, Kunst oder Ähnliches. Meine Antwort war: „Wolfsburg ist eine reiche Stadt, und ihr habt ja schon alles, was sollen wir euch noch schenken?“

Die Frage hatte mich dann doch beschäftigt, und wir haben vorgeschlagen, wie wäre es denn, wenn wir euch ein Konzept zur Halbierung der Arbeitslosigkeit innerhalb von fünf Jahren in Wolfsburg schenken würden?

Wolfsburg hatte aufgrund des einzigen großen Arbeitgebers Volkswagen eine ausgeprägte Monokultur und eine Arbeitslosenquote von 18 Prozent. Damit war Wolfsburg leider führend unter den westdeutschen Städten.

Unser Geschenk wurde natürlich angenommen. Wir gruben die ganze Welt um, wo denn in den letzten zehn Jahren Beschäftigung und neue Arbeitsplätze entstanden waren und wie man dort neue Kundenbeziehungen aufgebaut hatte. Denn, meine Damen und Herren – viele von Ihnen sind ja erfolgreiche Unternehmer und wissen: Alles geht vom Kunden aus. Ohne Markt, ohne Kunden keine Nachfrage, und ohne nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit kann man überhaupt nichts bewirken.

Bei unseren Analysen haben wir ein Geheimrezept, die Clusterung, entdeckt. Clusterbildung bedeutet: die lokale oder regionale Konzentration und Vernetzung sich ergänzender und sich verstärkender wirtschaftlicher und anderer Aktivitäten um ein bestimmtes marktfähiges Themenfeld herum. Wie in einem Kernspintomographen haben wir die Potenziale unserer Stadt und der Region nach Beschäftigungs- und Wachstumsmöglichkeiten erschlossen. In Wolfsburg lag es nahe, auf Bestehendem aufzubauen und die Region zu einer „Mobilitätsregion“ weiterzuentwickeln.

Unser Geburtstagsgeschenk an die Stadt war ein Geschenk zum Selber-Bauen, denn alle – aber auch wirklich alle – mussten mit anpacken: Unternehmer, Manager, Betriebsräte, Politiker, die Verwaltung und die Öffentlichkeit; diejenigen, die Arbeit hatten, und diejenigen, die Arbeit suchten. Diejenigen, die sich selbstständig machen wollten, und die, die eine Ausbildung brauchten. Und unser Geschenk hat das Ziel, die Halbierung, erreicht: Insgesamt sind mehr als 15 000 Arbeitsplätze entstanden. Die Wirtschaftskraft ist im Raum Wolfsburg um 67 Prozent gestiegen, 180 Firmen wurden neu gegründet.

Meine Damen und Herren, nun kann man nicht überall auf Mobilität setzen, und nicht überall sitzt ein Großunternehmen wie Volkswagen. Aber andere Städte wie Leipzig und Dortmund haben gezeigt, dass es auch in ihnen funk-

tionieren kann, wenn sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen, ein vernünftiges Konzept erarbeiten, ihre Aktivitäten bündeln und damit die Schlagkraft des gemeinsamen Handelns erhöhen. Ob es die Felder Tourismus, Gesundheit oder Gentechnik sind – alles Felder, die Sie nach Wachstums- und Beschäftigungspotenzialen für Ihre Stadt und Ihre Region untersuchen können.

Stellen Sie sich vor – und deshalb habe ich Sie vorhin mit den 6 Millionen Profis der Nation so „genervt“ –, alle Profigruppen einer Region arbeiten in einem effizienten Netzwerk zusammen und würden so ein Konzept auf die Beine stellen. Was für gewaltige Ressourcen und Potenziale! Soziales Handeln würde in Deutschland in Zukunft heißen: Beschäftigung sichern, Beschäftigung schaffen und die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen erhalten.

Meine Damen und Herren, mit diesen Voraussetzungen und dem entsprechenden Engagement aller können wir das Problem der Arbeitslosigkeit in Deutschland lösen. Davon bin ich nach wie vor überzeugt. Wir müssen nur alle gemeinsam mit anpacken.

Gestatten Sie mir nun noch einige Ausführungen zum Thema Ich-AG, Minijob und „Kapital für Arbeit“.

Das Konzept der Ich-AG wurde ja 2002 als Unwort des Jahres verhöhnt. Die Ich-AG ist jedoch ein Ansatz, um Selbstständigkeit in unserem Land wieder zu fördern. Für unseren Mittelstand ist Arbeit oft zu teuer, und er ist dadurch nicht mehr wettbewerbsfähig. Natürlich sind unsere Personalnebenkosten zu hoch, also stellte sich die Frage, wie können wir dem Mittelstand, den Unternehmern pragmatisch mit den vorhandenen Ressourcen quasi über Nacht helfen? Welche Lösungen sind machbar, konsensfähig und zumutbar? Das Ergebnis war die Ich-AG. Unser Vorschlag war, dass sich Arbeitslose ohne viel Bürokratie selbstständig machen können und für drei Jahre einen gestuften Zuschuss vom Arbeitsamt erhalten. Dabei werden sie von den Landesarbeitsämtern als neue Kompetenzzentren unterstützt, damit unternehmerische Energie nicht an der Bürokratie zerschellt.

Mit dem Mittelstand sollten die Inhaber einer Ich-AG dann im Verhältnis 1:1 zusammenarbeiten können. Hier ein Beispiel: Ein Handwerksmeister hat fünf fest angestellte Handwerker. Jetzt darf er nicht einfach die fünf Handwerker rauswerfen und in günstigere Ich-AG-Inhaber umwandeln, aber er darf zur Deckung von z. B. saisonalem Bedarf weitere fünf Ich-AG-Inhaber „beschäftigen“. Das bedeutet für uns das Verhältnis von 1:1. Durch diese Mischkalkulation senken sich seine Personalkosten, er könnte flexibler reagieren und ganz anders am Markt agieren. Wir hätten also schnell und unbürokratisch die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes erhöht.

Genauso wie mit unserem anderen Programm, von dem Sie vielleicht gehört haben, dem Programm „Kapital für Arbeit“.

Im VW Händlernetz haben wir es mit sehr vielen Mittelständlern zu tun und stellen immer wieder fest – und das gilt nicht nur für Autohändler – dass sie ein „kurzes Hemd“ haben, was das Eigenkapital betrifft, sprich: ihnen fehlt Eigenkapital. Und so ist das Modul 12 des Kommissionsberichtes entstanden: der JobFloater. Die Idee ist, dass wir einem Arbeitslosen, der eine Beschäftigung findet, einen „Rucksack“ mitgeben, in den ihm die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Darlehen hineingepackt hat. Dieses Darlehen bringt der Arbeitslose seinem neuen Arbeitgeber als zusätzliches Kapital mit – als Darlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter. Die KfW hat ein entsprechendes Darlehen als „Kapital für Arbeit“ herausgegeben, das nur noch stärker beworben werden müsste. Es müsste aktiv angepriesen werden und dürfte nicht politisch „abgemietet werden“, indem man es zu „einem Tropfen auf den heißen Stein“ degradiert. Denn jeder, jeder Arbeitsplatz zählt in Deutschland!

Denkbar wäre auch, dieses Programm auf Betreibermodelle anzuwenden, zum Beispiel für Kommunen, die zurzeit keine Investitionskraft haben.

Um das alles umzusetzen, meine Damen und Herren, bedarf es besagter Profis der Nation, bedarf es einer Gesellschaftsbewegung für Arbeit in Deutschland. Wir hoffen sehr, dass es uns doch noch gelingt. Jetzt gilt es, die

Gutwilligen in der Politik zu unterstützen. Die Bundesregierung darf keinem Tontaubenschießen ausgesetzt und für jede mutige Idee sofort verrissen werden. Jedes Mal, wenn eine Idee öffentlich wurde – Sie erinnern sich bestimmt noch an unseren Vorschlag, Steuergelder, die ins Ausland abgewandert sind, wieder nach Deutschland zurück zu holen, um sie zur Finanzierung für Betreibermodelle für Kommunen zu nutzen –, wurden unsere Ideen zerrissen. Nun tauchen diese Vorschläge anders geartet wieder in der Diskussion auf.

Wenn wir endlich dazu kämen, dass sich Politiker, Gewerkschaftler, Arbeitgeber einander die Latte nicht immer so hoch legen, dass der andere einfach nicht drüberkommt, hätten wir schon viel erreicht.

Meine Damen und Herren, wir haben dieses Land nach dem Krieg wieder aufgebaut, wir haben die Wiedervereinigung geschafft, und während der Flutkatastrophe haben Ost und West sich in nie gekanntem Ausmaß unterstützt. Dieses Engagement müssen wir auch gegen die Arbeitslosigkeit hinbekommen, denn Arbeitslosigkeit ist eine menschliche Katastrophe, die uns alle angeht.

Ich habe versucht, Ihnen einen Querschnitt über die Vorschläge der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ zu geben. Vieles ist nach wie vor machbar, denn wir haben die Mittel, die Ressourcen und die Menschen dafür, es umzusetzen.

Unsere Vorschläge hatten zum Ziel, die Zustimmung von großen Parteien, den Gewerkschaften und Arbeitgebern zu gewinnen. Entsprechend war auch die Kommission zusammengesetzt. Das einstimmige Votum aller Kommissionsmitglieder aus besagten Lagern hat gezeigt, dass ein Konsens machbar ist. Um etwas in Deutschland zu bewegen, brauchen Sie den festen Willen und eine Streitkultur, in der sich die Beteiligten einigen wollen. So ist z. B. unser Projekt „5000 x 5000“ entstanden (5000 neue Jobs für Arbeitslose mit einem Gehalt von damals noch 5000,- DM). Heute brauchen Sie aus Kostengründen kein Auto mehr im Ausland zu fertigen. Sie können es sehr wohl in Deutschland fertigen, wenn man sich entsprechend engagieren würde.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich sehr, dass Sie mir die Möglichkeit gegeben haben, Ihnen ein paar Gedanken persönlich vorzustellen. Ich wünsche Ihnen, dass Sie beim Wettbewerb um den Olympiastandort die Nase vorn haben werden. Das ist auch pro domo gesprochen, denn aus Niedersachsen sind wir sehr schnell hier und können die Spiele gemeinsam mit Ihnen genießen. Ich hoffe, dass wir bei Ihnen, den Hamburger Profis der Nation – wie Sie es so schön zitiert haben, Herr Präsident von Foerster –, die Sehnsucht geweckt haben, nach Wegen zu suchen, wie wir zusätzliche Beschäftigung für unsere Kinder und für die heutigen Arbeitslosen schaffen können. Ich wünsche Ihnen und uns dazu viel Erfolg und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. ■